

Niederschrift

**über die 0. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Hilden am
Mittwoch, 09.11.2005 um 17:30 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses**

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Bürgermeister Günter Scheib

Ratsmitglied

Herr Dr. Ralf Bommermann	CDU
Frau Susanne Brandenburg	CDU
Herr Alexander Büttner	CDU
Herr Reinhard Eisen	CDU
Herr Peter Hancke	CDU
Herr Carsten Herlitz	CDU
Herr Lothar Kaltenborn	CDU
Frau Ute-Lucia Krall	CDU
Herr Dr. Stephan Lipski	CDU
Frau Claudia Schlottmann	CDU
Herr Norbert Schreier	CDU
Herr Jürgen Spelter	CDU
Frau Angelika Urban	CDU
Herr Heinz-Georg Wingartz	CDU
Herr Reinhard Zenker	CDU
Frau Birgit Alkenings	SPD
Herr Hans-Georg Bader	SPD
Frau Anabela Barata	SPD
Herr Manfred Böhm	SPD
Herr Ludger Born	SPD
Herr Christoph Bosbach	SPD
Herr Torsten Brehmer	SPD
Herr Reinhold Daniels	SPD
Frau Marie-Liesel Donner	SPD
Herr Klaus Dupke	SPD
Frau Dagmar Hebestreit	SPD
Herr Rolf Mayr	SPD
Herr Hans-Werner Schneller	SPD
Herr Jürgen Scholz	SPD
Frau Hiltrud Stegmaier	SPD
Herr Kurt Wellmann	SPD
Herr Peter Dahm-Korte	BA
Herr Ludger Reffgen	BA
Herr Udo Weinrich	BA
Herr Klaus-Dieter Bartel	Grüne
Claudia Schnatenberg	
Frau Susanne Vogel	Grüne
Herr Friedhelm Burchartz	FDP

Herr Rudolf Joseph	FDP
Herr Horst Welke	FDP
Herr Dr. Ralf Bommermann	dUH
Herr Werner Horzella	dUH
Frau Marlene Kochmann	dUH
Frau Astrid Becker	SPD
Herr Achim Kleuser	CDU
Herr Roland Weiss	CDU

Von der Verwaltung

Herr Bürgermeister Horst Thiele
Herr 1. Beig. Norbert Danscheidt
Herr Beig. Reinhard Gatzke
Herr Kämmerer Heinrich Klausgrete
Herr Michael Witek
Herr Lutz Wachsmann
Herr Roland Becker
Herr Beig. Maximilian Rech
Frau Carola Schiller

Ratsmitglied

Herr Hans-Heinrich Helikum	CDU
Frau Ellen Reitz	Grüne

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- | | | |
|-----|---|--------------------|
| 1 | Unterrichtung des Rates über den Bericht über die überörtliche Prüfung der Stadt Hilden durch die Gemeindeprüfungsanstalt | WP 04-09 SV 14/019 |
| 2 | Bericht über Einzelprüfungsergebnisse des Jahres 2005 vom 01.08.2005 | WP 04-09 SV 14/009 |
| 2.1 | Pflege und Gestaltung des Stadtparks/Park Am Holterhöfchen;
Hier: Bürgeranregung gem. § 24 Gemeindeordnung NW | WP 04-09 SV 66/036 |
| 3 | Anregungen und Beschwerden | |
| 4 | Verkehrsangelegenheiten | |
| 4.1 | Widmung von öffentlichen Verkehrsflächen im Stadtgebiet Hilden;
hier Agnes-Pockels-Straße, Kampshof, Weststraße, Weg von der Diesterwegstraße zur Karnaper Straße; Wirtschaftswege: Am | WP 04-09 SV 61/072 |

Flausenberg, Im Hock, Kesselsweiher, Lodenheide bis Giesenheide 101, Weststraße ab Agnes-Pockels-Straße

- | | | |
|-----|--|--------------------|
| 4.2 | Entwidmung von öffentlichen Verkehrsflächen im Stadtgebiet Hilden; hier: Lindenhof | WP 04-09 SV 61/073 |
| 5 | Bau- und Planungsangelegenheiten | |
| 5.1 | Bebauungsplan Nr. 236 für den Bereich Gerresheimer Straße / Augustastraße / Hoffeldstraße; hier: 1. Abhandlung der Anregungen aus der öffentlichen Auslegung; 2. Satzungsbeschluss | WP 04-09 SV 61/066 |
| 6 | Haushalts- und Finanzangelegenheiten | |
| 6.1 | 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2005 | WP 04-09 SV 20/039 |
| 6.2 | Haushalt 2006; hier: Einbringung | WP 04-09 SV 20/042 |
| 7 | Anträge | |
| 7.1 | Bebauungsplan Nr. 95 für den Bereich Walder Straße (Margarethenhof); hier: Ansiedlung eines Lebensmittel-Discounters (ALDI) - Bericht zur Bürgerinformationsveranstaltung am 29.09.2005 zum Einzelhandelskonzept | WP 04-09 SV 61/076 |
| 7.2 | Einbinden der Politik in das Projekt NKF; hier: Antrag der BA Hilden | WP 04-09 SV 20/038 |
| 8 | Personalaustausch mit der Provinzregierung Guizhou/VR China - Weiterführung des Austauschs | WP 04-09 SV 01/044 |
| 9 | Ankauf der ehemaligen "Waschkaue" auf dem Vaillant-Gelände durch die Infrastrukturentwicklungskommission Hilden mbH | WP 04-09 SV 20/040 |
| 10 | Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen | |
| 11 | Entgegennahme von Anfragen und Anträgen | |

Um 17.30 Uhr wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Der Vorsitzende, Bgm. Scheib, eröffnete die öffentliche Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Rates, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörer. Er stellte fest, dass zu der Sitzung ordnungsgemäß eingeladen und die Sitzungsvorlagen vollständig zugegangen seien.

Danach gratulierte er nachfolgenden Mitgliedern des Rates und der Verwaltung nochmals nachträglich zum Geburtstag:

03.10. Claudia Schnatenberg

04.10. Peter Dahm-Korte

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- | | | |
|---|---|--------------------|
| 1 | Unterrichtung des Rates über den Bericht über die überörtliche Prüfung der Stadt Hilden durch die Gemeindeprüfungsanstalt | WP 04-09 SV 14/019 |
|---|---|--------------------|
-

Rm. Weinrich reichte für die Bürgeraktion Hilden folgenden Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag ein:

Der Beschlussvorschlag möge wie folgt ergänzt werden:

Der Rat der Stadt Hilden

- *verweist die Einzelergebnisse zu „Finanzen“ an den Haupt- und Finanzausschuss, zu „Personal und Organisation“ an den Personalausschuss, zu „Jugend“ an den Ausschuss für Schule, Sport und Soziales, zu „Bauleistungen“ an den Ausschuss für Stadtentwicklung sowie zu „Bildung, Kultur“ an den Kulturausschuss zur Kenntnisnahme und vertiefenden Weiterberatung.*
- *bittet den Bürgermeister in seiner Funktion als Vorsitzender des VHS Zweckverbands Hilden-Haasda für Sorge zu tragen, dass der Abschnitt „Bildung, Kultur“ allen Mitgliedern der Zweckverbandsversammlung zur Verfügung gestellt wird.“*

Auf Vorschlag der SPD Fraktion wurde der Änderungsantrag dahingehend modifiziert, dass die Ausschüsse im Rahmen ihrer Beratungen zum Haushalt 2006 hierüber weiter beraten sollen.

Einstimmig fasste der Rat sodann folgenden Beschluss (mit Ergänzung):

Beschlussvorschlag:

"Der Rat der Stadt Hilden nimmt Kenntnis

- von den als Anlage beigefügten Ergebnissen im Überblick aus dem Bericht über die überörtliche Prüfung der Stadt Hilden durch die Gemeindeprüfungsanstalt im Februar und März 2005 und
- von dem als Anlage beigefügten Auszug der Sitzungsniederschrift des Rechnungsprüfungsausschusses über die Ergebnisse der Beratungen im Rechnungsprüfungsausschuss.“
 - *verweist im Zuge der Haushaltsplanberatungen die Einzelergebnisse zu „Finanzen“ an den Haupt- und Finanzausschuss, zu „Personal und Organisation“ an den Personalausschuss, zu „Jugend“ an den Ausschuss für Schule, Sport und Soziales, zu „Bauleistungen“ an den Ausschuss für Stadtentwicklung sowie zu „Bildung, Kultur“ an den Kulturausschuss zur Kenntnisnahme und vertiefenden Weiterberatung.*
 - *bittet den Bürgermeister in seiner Funktion als Vorsitzender des VHS Zweckverbands Hilden-Haan dafür Sorge zu tragen, dass der Abschnitt „Bildung, Kultur“ allen Mitgliedern der Zweckverbandsversammlung zur Verfügung gestellt wird.“*

2 Bericht über Einzelprüfungsergebnisse des Jahres 2005 vom
01.08.2005

WP 04-09 SV 14/009

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden nimmt nach Vorberatung im Rechnungsprüfungsausschuss Kenntnis vom
1. Bericht über Einzelprüfungsergebnisse des Jahres 2005 vom 01.08.2005."

2.1 Pflege und Gestaltung des Stadtparks/Park Am Holterhöfchen;
Hier: Bürgeranregung gem. § 24 Gemeindeordnung NW

WP 04-09 SV 66/036

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss die Durchführung von Pflege- und Gestaltungsmaßnahmen im Stadtpark/Holterhöfchen zum den Tag des offenen Denkmals im Jahr 2006 im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel der allgemeinen Grünflächenunterhaltung.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

CDU-Fraktion:

SPD-Fraktion:

BA-Fraktion:

Fraktion Bündnis90/Die Grünen:

FDP-Fraktion:

dUH-Fraktion:

Rm. Kleuser /fraktionslos:

Bürgermeister

3 Anregungen und Beschwerden

4 Verkehrsangelegenheiten

- | | | |
|-----|--|--------------------|
| 4.1 | Widmung von öffentlichen Verkehrsflächen im Stadtgebiet Hilden; hier Agnes-Pockels-Straße, Kampshof, Weststraße, Weg von der Diesterwegstraße zur Karnaper Straße; Wirtschaftswege: Am Flausenberg, Im Hock, Kesselsweiher, Lodenheide bis Giesenheide 101, Weststraße ab Agnes-Pockels-Straße | WP 04-09 SV 61/072 |
|-----|--|--------------------|
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss wie folgt:

Folgende Straßen und Wege in der Stadt Hilden werden gemäß § 6 des Straßen- und Wegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) vom 23. September 1995 (GV NW S. 1028 ff.) in der z. Z. gültigen Fassung jeweils

- als Gemeindestraße, bei der **die Belange der Erschließung der anliegenden Grundstücke überwiegen (§ 3 Abs. 4 Ziffer 2 StrWG NW)** dem öffentlichen Verkehr gewidmet:

Lfd. Nr.	Straße	von - bis	Gemarkung Hilden	
			Flur	Flurstück
1	Agnes-Pockels-Straße	ganz	15;	577;
2	Kampshof	ganz	22;	718, 733;
3	Weststraße	von der Liebigstraße bis zur Einmündung Agnes-Pockels-Straße	15;	Teilfläche aus 461 und 477;

- als Gemeindestraße, bei der **die Belange der Erschließung der anliegenden Grundstücke überwiegen (§ 3 Abs. 4 Ziffer 2 StrWG NW)** dem Fußgänger- und Fahrradverkehr gewidmet:

Lfd. Nr.	Weg	von - bis	Gemarkung Hilden	
			Flur	Flurstück
4	Weg	von der Diesterwegstraße zur Karnaper Straße	55;	442, Teilfläche aus 475;

- als sonstige Gemeindestraße (**§ 3 Abs. 4 Ziffer 3 StrWG NW**) dem öffentlichen Verkehr gewidmet:

Lfd. Nr.	Wirtschaftsweg	von - bis	Gemarkung Hilden	
			Flur	Flurstück
5	Am Flausenberg	von An der Bibelskirch bis HsNr. 11	42;	58, 62, Teilfläche aus 83, Teilfläche aus 125;
6	Im Hock	von der abknicken den Vorfahrt zum Wald	11;	Teilfläche aus 694;
7	Kesselsweier	von der Elberfelder Straße bis Ende	45;	Teilfläche aus 182, Teilfläche aus 184;
8	Lodenheide	Weg über die Brücke des Nordrings bis Haus Giesenheide 101	27; 36;	260, 265, 267; 145, 150, 161, 162, Teilfläche aus 179, 186;
9	Weststraße	von der Einmündung Agnes-Pockels-Straße bis zum Parkplatz des Kleingartens	15;	Teilfläche aus 461, 471;

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss:

Gemäß § 7 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) vom 23.09. 1995 (GV NW S. 1028 ff.) in der zurzeit gültigen Fassung wird folgende gewidmete Anliegerstraße

Lfd. Nr.	Parkplatz	Gemarkung Hilden	
		Flur	Flurstück
1	Lindenhof	62	984

eingezogen.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren zur Einziehung der öffentlichen Verkehrsfläche durchzuführen.“

5 Bau- und Planungsangelegenheiten

5.1 Bebauungsplan Nr. 236 für den Bereich Gerresheimer Straße / Augustastraße / Hoffeldstraße; hier: 1. Abhandlung der Anregungen aus der öffentlichen Auslegung; 2. Satzungsbeschluss

Rm. Joseph reichte für die FDP-Fraktion folgenden Änderungsantrag ein:

Der Rat der Stadt Hilden möge beschließen:

1. *Dem vorliegenden Satzungsbeschluss auf SV 61/066 wird nicht zugestimmt.*
2. *Der Entwurf des Bebauungsplans mit Entscheidungsbegründung vom 18.08.2005 wird an den Stadtentwicklungsausschuss mit folgender Empfehlung zurückverwiesen:*
 - a) *Reduzierung des Versiegelungsgrades auf dem ehem. städtischen Grundstück durch Reduzierung der Bebauung auf einen Baukörper (0,16 GRZ statt gegenwärtig 0,68 GRZ);*
 - b) *Zurückversetzung des verbleibenden neuen Baukörpers;*
 - c) *Entsiegelung des ehem. städtischen Grundstücks (Schulgebäude, Parkplatz) durch den Investor*
 - d) *Begrünung und ökologische Aufwertung des entsiegelten vorderen Grundstücksteils durch den Investor;*
 - e) *Abriss des alten Schulanbaus durch den Investor;*
 - f) *Reduzierung der Dachgeschoßhöhe der Gebäude auf den Privatgrundstücken an der Augustastraße auf max. 57,2m über N.N. (Traufhöhe) sowie auf 58,6m über N.N. (Firsthöhe)*
 - g) *Begrenzung des Versiegelungsgrades der Gebäude auf den Privatgrundstücken an der Augustastraße auf maximal 0,29 GRZ;*
 - h) *Nachweis von 1,5 Stellplätzen pro Wohneinheit."*
 - i) *Der Bebauungsplan und der Entwurf des Erläuterungsberichtes vom 18.08.2005 werden gemäß § 3 Abs. 2 und Abs. 3 BauGB zur verkürzten z. Offenlage beschlossen.*
 - j) *Die Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sind gemäß § 3 (2) BauGB von der verkürzten z. Offenlage zu benachrichtigen.*
 - k) *Anregungen zum Entwurf des Bebauungsplanes und des Erläuterungsberichtes vom 18.08.2005 können nur zu den geänderten und ergänzten Teilen, die im Bebauungsplanentwurf durch einen Kreis gekennzeichnet und in der Änderungsliste vom 18.08.2004 aufgelistet werden, vorgebracht werden."*

Begründung:

Sowohl der Investor als auch bauwillige Grundstückseigentümer haben mit Schreiben vom 7.11.2005 Kompromissbereitschaft signalisiert, die eine erneute Offenlage sinnvoll erscheinen lässt.

Rm. Alknings/SPD betonte nochmals die Auffassung Ihrer Fraktion, wonach die zuletzt im Stadtentwicklungsausschuss diskutierte Konsensvariante, auf die sich jetzt auch die Anwohner geeinigt hätten, beschlossen werden sollte.

Rm. Urban/CDU erklärte auch die zuletzt neu eingebrachten Varianten bieten für Ihre Fraktion keinen Grund, das Abstimmungsverhalten zu ändern. Sie seien nach wie vor für die Einstellung des Verfahrens. Wenn neu überlegt werden soll, dann müsse dies ohne Vorgaben erfolgen.

Nach einer Sitzungsunterbrechung von 18.00 bis 18.20 Uhr beantragte Rm. Urban/CDU für Ihre Fraktion das Bebauungsplanverfahren einzustellen, den Aufstellungsbeschluss aufzuheben und Neuberatung der Angelegenheit in einer der nächsten Sitzungen des Stadtentwicklungsausschusses.

Mit den Stimmen der SPD-Fraktion, FDP-Fraktion und der dUH-Fraktion stimmte der Rat im Anschluss an eine ausführliche Diskussion dem Antrag von Rm. Horzella/dUH auf geheime Abstimmung zu allen Abstimmungen im Zusammenhang mit diesem Tagesordnungspunkt zu.

Sodann wurde zunächst über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion auf Einstellung des Verfahrens geheim abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
26 Nein-Stimmen

Anschließend fasste der Rat mit 27 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen entsprechend dem Antrag der FDP-Fraktion (ohne Ziffer 1) folgenden Beschluss:

„Der Entwurf des Bebauungsplans mit Entscheidungsbegründung vom 18.08.2005 wird an den Stadtentwicklungsausschuss mit folgender Empfehlung zurückverwiesen:

- a) Reduzierung des Versiegelungsgrades auf dem ehem. städtischen Grundstück durch Reduzierung der Bebauung auf einen Baukörper (0,16 GRZ statt gegenwärtig 0,68 GRZ);
- b) Zurückversetzung des verbleibenden neuen Baukörpers;
- c) Entsiegelung des ehem. städtischen Grundstücks (Schulgebäude, Parkplatz) durch den Investor
- d) Begrünung und ökologische Aufwertung des entsiegelten vorderen Grundstücksteils durch den Investor;
- e) Abriss des alten Schulanbaus durch den Investor;
- f) Reduzierung der Dachgeschoßhöhe der Gebäude auf den Privatgrundstücken an der Augustastraße auf max. 57,2m über N.N. (Traufhöhe) sowie auf 58,6m über N.N. (Firsthöhe)
- g) Begrenzung des Versiegelungsgrades der Gebäude auf den Privatgrundstücken an der Augustastraße auf maximal 0,29 GRZ;
- h) Nachweis von 1,5 Stellplätzen pro Wohneinheit."
- i) Der Bebauungsplan und der Entwurf des Erläuterungsberichtes vom 18.08.2005 werden gemäß § 3 Abs. 2 und Abs. 3 BauGB zur verkürzten z. Offenlage beschlossen.
- j) Die Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sind gemäß § 3 (2) BauGB von der verkürzten z. Offenlage zu benachrichtigen.
- k) Anregungen zum Entwurf des Bebauungsplanes und des Erläuterungsberichtes vom 18.08.2005 können nur zu den geänderten und ergänzten Teilen, die im Bebauungsplanentwurf durch einen Kreis gekennzeichnet und in der Änderungsliste vom 18.08.2004 aufgelistet werden, vorgebracht werden."

Im Anschluss hieran machte Rm. Reffgen/BA in einer Erklärung deutlich, nachdem die Nullbebauung keine Mehrheit gefunden habe, stelle die an Empfehlungen gebundene Verweisung der Vorlage an den Fachausschuss gegenüber einer bedingungslosen Rückverweisung das „kleinere Übel“ dar. Deshalb habe die BA in geheimer Abstimmung den Antrag der FDP unterstützt.

„Der Entwurf des Bebauungsplans mit Entscheidungsbegründung vom 18.08.2005 wird an den Stadtentwicklungsausschuss mit folgender Empfehlung zurückverwiesen:

- a) Reduzierung des Versiegelungsgrades auf dem ehem. städtischen Grundstück durch Reduzierung der Bebauung auf einen Baukörper (0,16 GRZ statt gegenwärtig 0,68 GRZ);
- b) Zurückversetzung des verbleibenden neuen Baukörpers;
- c) Entsiegelung des ehem. städtischen Grundstücks (Schulgebäude, Parkplatz) durch den Investor

- d) Begrünung und ökologische Aufwertung des entsiegelten vorderen Grundstücksteils durch den Investor;
- e) Abriss des alten Schulanbaus durch den Investor;
- f) Reduzierung der Dachgeschosshöhe der Gebäude auf den Privatgrundstücken an der Augustastraße auf max. 57,2m über N.N. (Traufhöhe) sowie auf 58,6m über N.N. (Firsthöhe)
- g) Begrenzung des Versiegelungsgrades der Gebäude auf den Privatgrundstücken an der Augustastraße auf maximal 0,29 GRZ;
- h) Nachweis von 1,5 Stellplätzen pro Wohneinheit."
- i) Der Bebauungsplan und der Entwurf des Erläuterungsberichtes vom 18.08.2005 werden gemäß § 3 Abs. 2 und Abs. 3 BauGB zur verkürzten z. Offenlage beschlossen.
- j) Die Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sind gemäß § 3 (2) BauGB von der verkürzten z. Offenlage zu benachrichtigen.
- k) Anregungen zum Entwurf des Bebauungsplanes und des Erläuterungsberichtes vom 18.08.2005 können nur zu den geänderten und ergänzten Teilen, die im Bebauungsplanentwurf durch einen Kreis gekennzeichnet und in der Änderungsliste vom 18.08.2004 aufgelistet werden, vorgebracht werden."

6 Haushalts- und Finanzangelegenheiten

6.1 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2005

WP 04-09 SV 20/039

Beschlussvorschlag:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt die als Anlage beigefügte 1. Nachtragshaushaltssatzung 2005.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

CDU-Fraktion: ja

SPD-Fraktion: ja

BA-Fraktion: nein

Fraktion Bündnis90/Die Grünen: nein

FDP-Fraktion: ja

dUH-Fraktion: nein

Rm. Kleuser /fraktionslos:

Bürgermeister

Rm. Weinrich reichte für die Bürgeraktion folgenden Änderungsantrag ein:

Der Beschlussvorschlag möge wie folgt ergänzt werden:

„Der Rat der Stadt Hilden fordert den Bürgermeister auf, die spätere Einbringung des Haushalts im März 2006 zu nutzen und Vorschläge zu machen, wie die strukturellen und finanziellen Defizite nachhaltig behoben werden können. Es muss damit begonnen werden, Standards zu überprüfen und die richtigen Schwerpunkte zu setzen.“

Begründung:

Die „Bürgeraktion Hilden“ war und ist immer bereit, sinnvolle und vernünftige Vorschläge aus anderen politischen Gruppierungen zu unterstützen.

Der CDU-Vorsitzende hat in einer Pressemitteilung erklärt, auch wenn nicht alle Rahmendaten für den Haushalt 2006 vorlägen, so zeige doch allein der Bericht der Gemeindeprüfanstalt, dass auf jeden Fall Schritte notwendig seien zur Verbesserung der Situation des städtischen Haushaltes.

Da die Einbringung des Haushalts Aufgabe der Verwaltung sei, müsse sie bereits jetzt konkrete Vorschläge entwickeln. Hier müsse die Verwaltung Mut und Phantasie beweisen, so Herlitz. Nun sei Zeit, um endlich einmal über eine langfristige Strategie der Haushaltskonsolidierung nachzudenken

Nicht nur der CDU-Vorsitzende begreift die spätere Einbringung des Haushalts 2006 als "große Chance". In der Vergangenheit hatte die BA bereits mehrfach versucht, die Haushaltsberatungen mit einer Diskussion über städtische Standards sowie über eine Prioritätenliste unabweisbar notwendiger Investitionen zu verknüpfen.

Bisher waren diese Vorstöße der BA immer wieder auch am Nein der größten Fraktion im Rat gescheitert.

Da die Einbringung des Haushalts nicht Aufgabe der Verwaltung, sondern das Recht des Bürgermeisters ist, schlägt die BA vor, dem Bürgermeister einen dementsprechend klaren Handlungsauftrag zu erteilen.

„Der Rat der Stadt Hilden nimmt davon Kenntnis, dass die Einbringung des Haushaltes 2006 nicht wie vorgesehen am 14. Dezember 2005, sondern wegen der unklaren Rahmenbedingungen erst am 01.03.2006 erfolgt.“

Der Rat der Stadt fordert den Bürgermeister auf, die spätere Einbringung des Haushalts im März 2006 zu nutzen und Vorschläge zu machen, wie die strukturellen und finanziellen Defizite nachhaltig behoben werden können. Es muss damit begonnen werden, Standards zu überprüfen und die richtigen Schwerpunkte zu setzen.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

CDU-Fraktion: ja

SPD-Fraktion: ja

BA-Fraktion: ja

Fraktion Bündnis90/Die Grünen: Enthaltung

FDP-Fraktion: ja

dUH-Fraktion: ja

Rm. Kleuser /fraktionslos:

Bürgermeister

7.1 Bebauungsplan Nr. 95 für den Bereich Walder Straße (Margarethenhof); hier: Ansiedlung eines Lebensmittel-Discounters (ALDI) - Bericht zur Bürgerinformationsveranstaltung am 29.09.2005 zum Einzelhandelskonzept

WP 04-09 SV 61/076

Beig. Rech machte auf entsprechende Äußerungen der Vertreter der Bürgeraktion nochmals deutlich, dass die Verwaltung nicht behauptet hat, die Ansiedlung des ALDI-Marktes wäre nicht zu verhindern, sondern lediglich immer wieder darauf hingewiesen hat, dass in dieser Gebietslage keine Maßnahme die Ansiedlung mit Rechtssicherheit verhindern würde, was unter Umständen dann auch zu Regressansprüchen führen könnte. Unabhängig davon liege aber auch noch kein Bauantrag vor.

Rm. Weinrich/BA beantragte die Rückverweisung der Vorlage zur erneuten Beratung an den Stadtentwicklungsausschuss.

Nach einer ausführlichen Diskussion beschloss der Rat auf Antrag von Rm. Eisen/CDU gegen die Stimmen der Fraktion der Bürgeraktion den Schluss der Debatte. Die Fraktionen der FDP und der dUH enthielten sich der Stimme.

Für den Rückverweisungsantrag ergaben sich 7 Ja-Stimmen gegen 37 Nein-Stimmen:
Abstimmungsergebnis:

CDU-Fraktion	nein
SPD-Fraktion	nein
BA	ja
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	nein
FDP	ja
dUH	nein

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden nimmt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss den Bericht zur Bürgerinformationsveranstaltung am 29.09.2005 zum Einzelhandels- und Nahversorgungskonzept zur Kenntnis.

~~Der Ausschuss beschließt, dass die Stadt Hilden als Reaktion auf einen Bauantrag auf Basis des beigefügten Konzepts zur Errichtung eines Lebensmittel-Discounters auf dem Grundstück Margarethenhof, Walder Str. 287 kein Verfahren zur Änderung des Bebauungsplans Nr. 95, 3. Änderung aufstellen wird.~~

Die Verwaltung wird beauftragt, den Ausschuss über das Baugenehmigungsverfahren zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

CDU-Fraktion: ja
SPD-Fraktion: ja
BA-Fraktion: nein

Fraktion Bündnis90/Die Grünen: ja
FDP-Fraktion: ja
dUH-Fraktion: ja
Rm. Kleuser /fraktionslos:
Bürgermeister
RM Joseph / FDP enthielt sich der Stimme

7.2 Einbinden der Politik in das Projekt NKF; hier: Antrag der BA Hil-
den

WP 04-09 SV 20/038

Nach kurzer Aussprache lehnte der Rat zunächst den der SV zu Grunde liegenden Antrag der Fraktion Bürgeraktion Hilden bei 7 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen ab:

Abstimmungsergebnis:

CDU-Fraktion	nein
SPD-Fraktion	nein
BA	ja
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	nein
FDP	ja
dUH	Enthaltung

Nachdem auf Antrag von Rm. Scholz/SPD der Rat das Ende der Aussprache beschlossen hat, fasste einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt Hilden wird wie bisher durch regelmäßige Berichte und vertiefende Schulungen in den Umstellungsprozess auf das neue Kommunale Finanzmanagement eingebunden.“

8 Personalaustausch mit der Provinzregierung Guizhou/VR China -
Weiterführung des Austauschs

WP 04-09 SV 01/044

Rm. Burchartz/FDP verwies auf die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in China, die sein Fraktion veranlassten, sich der Stimme zu enthalten.

Ebenfalls unter Hinweis auf die Menschenrechtslage beantragte Rm. Weinrich/BA die Verweisung der Vorlage an den Paten- und Partnerschaftsausschuss.

Rm. Horzella/dUH gab folgende Erklärung ab:

Das Thema Personalaustausch mit der Provinzregierung Guizhuo/VR China wurde in der Ratssitzung am 26. Januar diesen Jahres erstmals behandelt. Ursache war die gezielte Nachfrage der BA Fraktion, die der Bürgermeister dann zum Anlass nahm, den Rat darüber zu informieren, dass er eine Vereinbarung zum gegenseitigen Personalaustausch mit der Chinesischen Provinzregierung Guizhou getroffen habe. Die erste durchgeführte Maßnahme kostete rund 20.000,-- €, der Fördermittel in Höhe von 11.400,-- € gegenüberstanden.

Wir haben damals, ohne auf die politische Situation in China einzugehen, beanstandet, dass der Bürgermeister eine Vereinbarung mit internationaler Auswirkung und nicht unerheblichen finanziellen Belastungen für die Stadt Hilden getroffen hat, ohne den Rat der Stadt Hilden in diese Entscheidung einzubinden.

In Ergänzung baten die UNABHÄNGIGEN um eine spezifizierte Kostenaufstellung, wenn, wie vorgesehen, drei städtische MitarbeiterInnen nach China abgeordnet werden. Darüber hinaus sollte, auch unter der Berücksichtigung der politischen Verhältnisse in China, eine Risikoanalyse für die zu entsendenden MitarbeiterInnen für den gesamten „Reiseablauf“ erstellt und dem Rat vor Entsendung der Betroffenen zur Entscheidung vorgelegt werden. Bis zum heutigen Tag haben wir zu diesem Thema keinerlei Rückmeldungen.

Heute soll nun der Rat die Fortführung des Personalaustausches für vermutlich drei chinesische Gäste in 2006 beschließen und dafür Gelder in einer Gesamthöhe von 21 T € zur Verfügung stellen, von denen 11 T € als Fördermittel zurückfließen sollen.

Aus einem Schreiben des Bürgermeisters an Herrn Weinrich (BA) vom 20.12.2004 geht hervor, dass „Sinn und Zweck des Personalaustausches der Erfahrungsaustausch zwischen den **Experten** im Bereich öffentliche Verwaltung und Wirtschaftsverwaltung der Provinz Guizhou, Volksrepublik China, und der Stadt Hilden“, sei.

Erinnert man sich an den Besuch der chinesischen Gäste, so waren die Personen eher junge, aufgeschlossene Menschen, die durch lernen und sammeln von Erfahrungen erst noch Experten werden wollen. Dass diese Einschätzung nicht falsch ist, wird durch die Beschreibungen in der hier zu beratenden Sitzungsvorlage Nr.: 01-044 und den sehr persönlichen Ausführen der betroffenen Gäste bestätigt.

Die UNABHÄNGIGEN würdigen gerne, dass die Verwaltung die chinesischen Gäste vorbildlich betreut hat. Die betroffenen Verwaltungsmitarbeiter, aber auch deren Familien, an der Spitze Herr Bürgermeister Scheib und Herr Thiele, waren mit viel Engagement gute Gastgeber, was wir ausdrücklich anerkennen.

An dieser Stelle aber hat, nach Auffassung der UNABHÄNGIGEN, das städtische Engagement zu enden. Unabhängig davon, ob der Bürgermeister ohne Einschaltung des Rates befugt war, die am 27.11.2003 geschlossene Vereinbarung einzugehen, kann es nicht Aufgabe der Stadt Hilden sein, mit Steuergeldern der Hildener Bürger, Personal- und Staatsförderung, auch und gerade wegen der dortigen politischen Verhältnisse, für die Volksrepublik China zu betreiben. Die Aufgaben der Stadt Hilden und des Bürgermeisters sind in der Gemeindeordnung und den einschlägigen dazu ergangenen Rechtsvorschriften, geregelt.

In Zeiten, in denen alle Bürger unseres Landes durch den Gesetzgeber unerbittlich zur Kasse gebeten und erhebliche persönliche Einschnitte hinnehmen müssen, ist es nicht erklärbar, dass eine kleine Stadt wie Hilden sich Aufgaben annimmt, die eher der Bundes- und Landespolitik oder der Wirtschaft zustehen. An dieser Auffassung ändern auch die Bemühungen um chinesische Partnerschaften von Städten wie beispielsweise Berlin Spandau, Bocholt, Heidelberg, Leverkusen oder auch Ratingen, nichts.

In Zeiten in denen die städtischen Kassen immer leerer und die Städte immer weniger in der Lage sind die Bedürfnisse der Bürgerschaft ausreichend zu erfüllen, kann es nicht richtig sein, Gastgeschenke in die weite, weite Welt hinaus zu tragen, ohne damit verbundene politische und wirtschaftliche Abwägungsprozesse zu führen.

In Zeiten, in denen es um jeden Euro geht, können wir den Blick Richtung China, **als kommunale Aufgabe**, erst dann richten, wenn die hier erforderlichen Integrationserfordernisse, also im eigenen Umfeld, bewältigt wurden.

In Hilden leben mehrere hundert Menschen die von der Grundversorgung Hartz IV betroffen sind. Ihnen, oder den Besuchern der Essen- und Wärmestube, den Teilnehmern an der „Hil-dener Tafel“, aber auch dem Bürger auf der Straße, ist es nicht zu vermitteln, wenn für drei chinesische Nachwuchskräfte ein Bildungsaufenthalt von bis zu vier Monaten, Kosten von rund 21 T € verursacht und diese mit städtischen bzw. Steuergeldern finanziert werden. Kein örtlicher Student, auch wenn er im Ausland Erfahrungen sammelt, wird vom Gastgeber/Gastland kostenlos untergebracht, mit Tagegeld, Verpflegung, Fahrtkosten, Reisekosten, Übernahme von Eintrittsgeldern, Kosten für einen Dolmetscher und sogar einem Handy und weiteren Vergünstigungen ausgestattet.

Wer den Bericht über die überörtliche Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt, den wir heute unter dem Tagesordnungspunkt -1- beraten haben, ernst nimmt, muss verstanden haben, wo die Prioritäten der Stadt Hilden liegen und wo wir Einsparanstrengungen zu unternehmen haben. Da bleibt leider kein Platz für die Übernahme zusätzlicher freiwilliger und schon gar nicht für nicht kommunale Aufgaben oder Verpflichtungen und seien sie noch so interessant und wünschenswert.

Keine Einwände haben die UNABHÄNGIGEN, wenn der hier gewünschte Personalaustausch von einer politischen Stiftung, Landes- oder Bundeseinrichtung im Rahmen der für sie gegebenen Aufgabenstellungen übernommen wird. Die Stadt Hilden kann dann hier logistische Hilfestellung leisten und vorhandenes Know How zur Verfügung stellen. Die Gesamtkosten wären aber in jedem Fall vom Maßnahmenträger voll zu erstatten. Begrüßenswert wäre es, wenn sich die entstandenen Kontakte privat fortsetzen.

Die Bereitstellung der in der Sitzungsvorlage beantragten Mittel lehnen die UNABHÄNGIGEN ab. Alle Ratsmitglieder sind Treuhänder der Gesamtheit der Steuerzahler. Wir sind uns sicher, dass die Mehrheit der Steuerzahler die hier vorgesehene Maßnahme ebenfalls ablehnen.

Die Ratsmitglieder Urban/CDU , Alkenings/SPD und Bartel/Grüne betonten die Auffassung ihrer Fraktionen, wonach der Austausch sicherlich die Menschenrechtssituation in China nicht unmittelbar beeinflussen könne, aber durch diese Art der Völkerverständigung und des Vorlebens anderer Beispiele kleine Schritte sein können, um ein Umdenken einzuleiten. Gerade auf dieser unteren Ebene sei dies wichtig.

Rm. Weinrich/BA bat nochmals nachdrücklich darum, den Rat im Rahmen des Austausches einzubinden und einen Dialog mit den Beteiligten zu ermöglichen.

Sodann lehnte der Rat zunächst den Antrag der Fraktion Bürgeraktion Hilden auf Verweisung der Vorlage an den Paten- und Partnerschaftsausschuss mit 6 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen und 36 Nein-Stimmen ab:

CDU-Fraktion	nein
SPD-Fraktion	nein
BA	ja
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	nein
FDP	Enthaltung
dUH	ja

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt, den am 27.11.2003 mit der Provinz Guizhou/VR China geschlossenen Vertrag über einen regelmäßigen Personalaustausch fortzuführen.

Den dafür erforderlichen Mitteln von 21.000,-- Euro (siehe Anlage 1) stehen nach jetziger Kenntnis Fördermittel der gGmbH inWent in Höhe von 11.000,-- Euro gegenüber. Die verbleibenden 10.000 Euro werden im Haushalt 2006 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

CDU-Fraktion: ja

SPD-Fraktion: ja

BA-Fraktion: nein

Fraktion Bündnis90/Die Grünen: ja

FDP-Fraktion: Enthaltung

dUH-Fraktion: nein

Rm. Kleuser /fraktionslos:

Bürgermeister

9 Ankauf der ehemaligen "Waschkäue" auf dem Vaillant-Gelände
durch die Infrastrukturentwicklungskommission Hilden mbH

WP 04-09 SV 20/040

Rm. Kleuser/CDU informierte den Rat darüber, dass die IGH in der heutigen Sitzung die Bereitschaft erklärt habe, das Gebäude der ehemaligen Waschkäue auf dem Vaillant-Gelände zu erwerben.

Er bat lediglich darum, im Beschlussvorschlag die Worte „entsprechend den beiliegenden Angeboten“ zu streichen und wies ferner darauf hin, dass die in der SV erwähnte Behindertentoilette nicht in den Plänen enthalten sei.

Beschlussvorschlag:

„Der Rat der Stadt beschließt der Infrastrukturentwicklungsgesellschaft Hilden GmbH die Zustimmung zu erteilen, die ehemalige Waschkäue auf dem Vaillant-Gelände anzukaufen. ~~Entsprechend den beiliegenden Angeboten umzubauen~~ und an die Gemeinnützige Jugendwerkstatt Hilden mbH zu vermieten.

Für das Projekt wird eine städtische Bürgschaft in Höhe von maximal 1.350.000 € übernommen.

Die Erhöhung des jährlichen Zuschusses an die Gemeinnützige Jugendwerkstatt darf den Betrag von 60.000 € nicht übersteigen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

CDU-Fraktion:
SPD-Fraktion:
BA-Fraktion:
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:
FDP-Fraktion:
dUH-Fraktion:
Rm. Kleuser /fraktionslos:
Bürgermeister

10 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Tagesordnung für die Sitzung des Schul-, Sport- und Sozialausschusses am 8.12.2005

Rm. Schlottmann/CDU teilte mit, dass ihre Fraktion nachfolgenden Antrag zur Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Schule, Sport und Soziales einreichen werde:

Ganztagsangebote in der Hauptschule

Die Verwaltung wird beauftragt die Möglichkeiten zur Einführung von Ganztagsangeboten in den Hildener Hauptschulen zu prüfen und darüber in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Schule, Sport und Soziales zu berichten.

Begründung:

Die Landesregierung NRW beabsichtigt eine Qualitätsverbesserung von Hauptschulen. Hierzu sollen 50.000 vollwertige Ganztagsplätze bis zum Jahr 2012 geschaffen werden. Für das kommende Jahr beabsichtigt das Land 16 Mio. Euro zusätzlich zu Verfügung zu stellen. Es soll ein vollwertiger Ganztagsbetrieb in schulischer Verantwortung aufgebaut werden. Geplant ist ein 30%iger Zuschlag auf den Grundstellenbedarf.

Die Stadt Hilden hat bekanntlich ein qualitativ gutes Angebot in der offenen Ganztagsgrundschule entwickelt. Ein Ganztagsangebot in der Hauptschule könnte diese Schulform nach Auffassung der CDU-Fraktion entscheidend stärken und dazu beitragen, vorwiegend benachteiligte Schüler stärker zu fördern. Die Stadt Hilden sollte rechtzeitig vorbereitet sein, um eine Entscheidung zur Einführung solcher Angebote diskutieren und beraten zu können.

b) Sitzung Kulturausschuss am 17.11.2005

Rm. Hebestreit/SPD wies darauf hin, dass vor der Sitzung Gelegenheit besteht, das Mosaik von Leonard Nienartowicz, für das Transfer- und Konservierungsmaßnahmen beschlossen werden sollen, zu betrachten.

11 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

a) Rm. Reffgen/BA - Terminkalender 2006

Rm. Reffgen/BA fragte nach, ob es im Sinne der Fraktionen möglich wäre, die in der Woche vom 13. bis 17. März 2006 vorgesehenen Sitzungen der Ausschüsse um eine Woche zu verschieben, um mehr Zeit für die Fraktionsinternen Haushaltsberatungen zu haben.

Bürgermeister Scheib sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

b) Rm. Herlitz/CDU – Bußgeldkatalog der Stadt Hilden

Rm. Herlitz reichte für die CDU-Fraktion folgende Anfrage ein:

Vor etwa einem Jahr trat der so genannte „Bußgeldkatalog“ der Stadt Hilden in Kraft. Der Bußgeldkatalog soll einen Beitrag zu einer sauberen Stadt leisten. Mit Recht sollen daher diejenigen ermahnt und zur Kasse gebeten werden, die z.B. ihren Müll auf Abfall nicht in die dafür vorgesehenen Behälter, sondern einfach auf die Straße oder in die Natur werfen.

Wir fragen daher die Verwaltung:

- 1. Gegen welche im Bußgeldkatalog aufgezählten Handlungen wurde seit der Einführung verstoßen, bitte in der Reihenfolge der Häufigkeit?*
- 2. Wie viele Einnahmen hat die Stadt monatlich seit der Einführung des Bußgeldkataloges verbucht?*
- 3. Auf welchen Straßen oder Plätzen konnten die meisten, auf welchen Straßen oder Plätzen die wenigsten Verstöße gegen den Bußgeldkatalog registriert werden?*

c) Rm. Weinrich/BA – EXPO Real 2005

Rm. Weinrich reichte für die Fraktion Bürgeraktion Hilden folgende Anfrage ein:

In München fand vom 10. - 12. Oktober 2005 die 8. Fachmesse für Gewerbeimmobilien statt. Hilden war als Mitaussteller am Gemeinschaftsstand des Kreises auf dieser Messe vertreten (Halle B1, Stand 422). Während der Landrat, wie im Jahr zuvor, dem zuständigen Fachausschuss des Kreistags im Rahmen einer Präsentation über diese Messe berichten wird, findet eine solche Unterrichtung des Rates oder eines Ausschusses der Stadt Hilden durch die Mitglieder der Hildener Delegation nicht statt. Damit in der Öffentlichkeit nicht der Eindruck entstehen kann, die Reise einer Hildener Delegation zur EXPO REAL sei eine Art „Polit-Tourismus“, bitte ich den Bürgermeister um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Wer hat Hilden auf der EXPO REAL 2005 vertreten (Verwaltungsangehörige, Ratsmitglieder etc.)?*
- 2. Nach welchen Kriterien wurden die Delegationsmitglieder von wem ausgewählt?*
- 3. Welches Programm absolvierten die Mitglieder der Delegation aus Hilden?*
- 4. Wie groß war die Nachfrage nach Gewerbeimmobilien in Hilden?*
- 5. Wie viele Gesprächskontakte konnten geknüpft werden?*
- 6. Wie viele Folgegespräche sind vereinbart oder bereits geführt worden?*
- 7. Welche Kosten verursachte der Aufenthalt einer Delegation aus Hilden auf der EXPO REAL 2005 (Reisekosten, Übernachtung, Verpflegung, Sonstiges)?*
- 8. Warum wird die Delegation aus Hilden keinen Abschlussbericht vorlegen?*

d) Rm. Dahm-Korte/BA – Ehrengräber für Opfer des NS-Regimes in Hilden

Rm. Dahm-Korte reichte für die Fraktion Bürgeraktion Hilden folgende Anfrage ein:

Die Anregung des Museums- und Heimatvereins, das Grab des ehemaligen Beigeordneten Strangmeier zum Ehrengrab zu ernennen, hat mich veranlasst, vor dem Hintergrund der in der Beschlussvorlage zum Projekt „Stolpersteine“ (SV 01-131) vom 17.3.2004 enthaltenen Namensliste der nicht verschleppten und in Hilden gestorbenen Opfer des NS-Regimes folgende Fragen an den Bürgermeister zu richten:

- (1) Ist auf dem Hildener Hauptfriedhof das Grab des NS-Opfers Wilhelm Schwaab (Todesursache Schussverletzung), Hermann Clemens (erschlagen) und Wilhelm Schmitt (erschlagen) vorhanden?
- (2) Wenn ja, sieht die Verwaltung eine Möglichkeit, das oder die Gräber im Rahmen der allgemeinen Haushaltsmittel zu pflegen oder bedürfte es dazu einer entsprechenden Ratsentscheidung?
- (3) Teilt der Bürgermeister meine Einschätzung, dass die Grabplatten der auf dem Hauptfriedhof bestatteten Zwangsarbeiter/innen aus der UdSSR bearbeitet werden sollten, um die Lesbarkeit der darauf enthaltenen Angaben zur Person zu erhöhen? Ferner sollte mit einem Schild auf die Zwangsarbeitergräber hingewiesen werden.
- (4) Könnte die Aufbereitung dieser Grabstätte im Rahmen der Geschäfte der laufenden Verwaltung durchgeführt, finanziert und z. B. spätestens zum 65. Jahrestag des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion, am 22.6.2006, im Rahmen einer Gedenkveranstaltung abgeschlossen werden?

Ende der Sitzung: 20:00 Uhr

Bürgermeister Günter Scheib
Vorsitzender

Roland Becker
Schriftführer/in

Gesehen:

Horst Thiele
Bürgermeister